80. Jahrestag der Schlacht bei den Seelower Höhen: Vom "Baerbock-Erlass" überschattet

16 Apr. 2025 11:10 Uhr

Heute jährt sich zum 80. Mal der Beginn der Schlacht bei den Seelower Höhen. Das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkriegs wird von Ausgrenzungsversuchen des Außenamtes überschattet. AfD-Landespolitiker haben angekündigt, die Gedenkstätte besuchen zu wollen.



Quelle: www.globallookpress.com

Denkmal bei den Seelower Höhen (Symbolbild).

Auf ihrem Vormarsch in Richtung Berlin musste die Rote Armee im April 1945 die Seelower Höhen überwinden, Anhöhen, die das Oderbruch überblicken. Während der viertägigen Schlacht bekämpften sich knapp eine Million Rotarmisten und rund 120.000 deutsche Soldaten.



Die Schlacht endete letztendlich mit einem Sieg der Roten Armee. Sie hatte damit den Weg nach Berlin freigekämpft.

Aber der Feldzug zur Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus forderte in Seelow hohe Opferzahlen: Schätzungen zufolge mussten 33.000 Rotarmisten, 16.000 Wehrmachtsangehörige und 2.000 Polen ihr Leben lassen. Es handelt sich um die größte und blutigste Schlacht, die jemals auf deutschem Boden geschlagen wurde.

Heute erinnern am Ort der Schlacht eine sowjetische Gedenkstätte und ein deutscher Kriegsgräberfriedhof an die am Ende des Krieges Gefallenen.



Die Gedenkstätte Seelower Höhen wurde noch im Herbst 1945 eingeweiht und ist gekennzeichnet durch das monumentale Standbild eines Rotarmisten mit Maschinengewehr, zu seinen Füßen die Überreste eines deutschen Panzers.



In der DDR spielten die Seelower Höhen eine wichtige Rolle als Gedenkort. Dort fanden zum Beispiel Vereidigungen für die Rekruten der NVA statt.

Nach der Wende wurde es dann ruhiger um diese Gedenkstätte. Aber noch immer kommen Besucher, um sich über die militärhistorischen Einzelheiten der Schlacht zu informieren, der Toten beider Seiten zu gedenken und die dort bestatteten gefallenen Soldaten der Roten Armee als Befreier zu ehren. Besonders natürlich jetzt zum 80. Jahrestag der Schlacht. Der Landkreis Märkisch-Oderland hat zu diesem Datum eine Gedenkveranstaltung organisiert, zu deren Teilnahme "alle Interessierten herzlich eingeladen" sind.

In normalen Zeiten wäre diese Floskel nicht weiter außergewöhnlich. Aber wir leben nicht in normalen Zeiten. Vor kurzem enthüllte die *Berliner Zeitung*, dass das Auswärtige Amt unter der geschäftsführenden Außenministerin Annalena Baerbock eine geheime Handreichung erstellt hat, die russische und weißrussische Diplomaten von den Gedenkfeierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkriegs ausschließen soll.

Sie sollen von den betroffenen Kommunen und Landkreisen erst gar nicht eingeladen werden. Sollten Russen und Weißrussen dennoch erscheinen, könne man auch vom Hausrecht Gebrauch machen und die unerwünschten Gäste wegschicken. Als Begründung wurde von einem Sprecher des Auswärtigen Amtes, der sich ansonsten nicht zu der Handreichung äußerte, der sogenannte "völkerrechtswidrige Angriffskrieg" Russlands gegen die Ukraine sowie die Gefahr einer Instrumentalisierung der Historie vonseiten Russlands und Weißrusslands genannt (*RT DE* berichtete).

Dieser "Baerbock-Erlass" betrifft auch das Gedenken in Seelow.



Im Hintergrund das Museumsgebäude, in der Bauart einem sowjetischen Gefechtsbunker nachempfundenRT

Denn dort hat sich – wie jedes Jahr – Sergei Netschajew, der Berliner Botschafter der Russischen Föderation, zu der Gedenkveranstaltung angekündigt. Also ein Fall für die Anwendung der in der Handreichung des Auswärtigen Amtes vorgeschlagenen Maßnahmen. Das örtliche Landratsamt und die Gemeinde Seelow bestätigten gegenüber dem *RBB* die Existenz dieses streng vertraulichen Dokuments.

In Seelow und Umgebung stößt das Ansinnen des Außenamtes, Vertreter Russlands und Weißrusslands vom Ort des Gedenkens zu verweisen, jedoch auf Widerwillen. Der für den Ablauf der Gedenkzeremonie verantwortliche stellvertretende Landrat von Märkisch-Oderland, Friedemann Hanke (CDU), nannte den Wunsch des Außenministeriums "absurd". Man könne nicht den höchsten Vertreter eines Landes vom Gedenken an die eigenen Landsleute ausschließen, auch wenn die Gedenkveranstaltungen laut Hanke in der Vergangenheit durchaus von den Russen für Propaganda und eine Instrumentalisierung für den gegenwärtigen Krieg genutzt worden seien. Auch Robert Nitz, der parteilose Bürgermeister der Kreisstadt Seelow, plädiert für ein stilles und würdevolles Gedenken und wehrt sich gegen eine politische Aufladung. Für ihn sei zwar unstrittig, dass Russland die Ukraine überfallen habe. Aber die Sowjetunion habe Deutschland vom Faschismus befreit.

Mittlerweile kritisieren auch Politiker der AfD die Ausgrenzung von Vertretern Russlands und Weißrusslands, und vor allem die Weigerung von Bundes- und Landesregierung, am Gedenken auf den Seelower Höhen teilzunehmen. Im Gegensatz zum offiziellen Berlin hat René Springer, der Landesvorsitzende der brandenburgischen AfD, sein Kommen zugesagt. Auch Dr. Christoph Berndt, der für die AfD im Brandenburger Landtag sitzt, kritisiert das Vorgehen des Auswärtigen Amtes und wünscht sich gute Beziehungen zu Russland.

Wie zu erwarten, erreichte die Berichterstattung über die vertrauliche Handreichung auch das offizielle Moskau. Die Sprecherin des russischen Außenamtes, Maria Sacharowa, reagierte empört über den geplanten Ausschluss russischer Vertreter vom Gedenken und warf der geschäftsführenden deutschen Außenministerin Annalena Baerbock Revanchismus und Nazi-Praktiken vor.

Ob es den Verfassern der Handreichung gelungen ist, durch tagespolitische Querelen das Gedenken an die Weltkriegstoten und an die Maxime "Nie wieder Krieg!" zu überschatten, oder ob der Wunsch der lokalen Politiker nach einem stillen, würdevollen Gedenken verwirklicht wurde, wird sich erst am Ende dieses Tages herausstellen. Zu wünschen wäre es. Über den Liveticker der MOZ kann heute der Ablauf des Geschehens nachverfolgt werden.